

Amts = Blatt



zur Laibacher Zeitung.

Nr. 33.

Donnerstag den 17. März

1842.

Gubernial-Verlautbarungen.

Z. 372. (2) Nr. 5311/356.

Circulare

des k. k. illyrischen Guberniums. — Erhöhung der Lizenzgebühr für ungarische, siebenbürgische und andere inländische, rohe Tabakblätter auf 2 fl. C. M. vom Wiener Pfunde. — Die hohe k. k. allgemeine Hofkammer hat sich bewogen gefunden, die Lizenzgebühr für ungarische, siebenbürgische und andere inländische, rohe Tabakblätter bei deren Einfuhr in jene Länder, in denen die Zoll- und Staatsmonopol-Ordnung vom 11. Juli 1835 in Wirksamkeit steht, von einem Gulden C. M. auf zwei Gulden vom Wiener Pfunde zu erhöhen. — Die Wirksamkeit dieser neuen Bestimmung hat von dem Tage der öffentlichen Kundmachung zu beginnen. — Laibach am 3. März 1842.

Joseph Freiherr v. Weingarten,
Landes-Gouverneur.

Carl Graf zu Welsperg, Raitenau
und Primör, Vice-Präsident.

Johann Freiherr v. Schloßnigg,
k. k. Gubernialrath.

Z. 351. (2) Nr. 4271.

Currende

des k. k. illyrischen Landes-Guberniums. — Vorschrift über die Anwendung des §. 1333 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches auf verzögerte Leistungen von Gegenständen, die einen erweislichen Geldwerth haben. Ueber die vorgekommene Frage: ob die Anwendung des §. 1333 des allg. bürgerl. Gesetzbuches nicht auch auf verzögerte Leistungen von Gegenständen, die einen erweislichen Geldwerth haben, auszudehnen sey, haben Seine k. k. Majestät über allerunterthänigsten Vortrag der obersten Justizstelle vom 18. De-

tober 1841 mit allerhöchster Entschliefung vom 11. December 1841 die nachstehende Erläuterung zu genehmigen geruhet: — Die Vorschrift des §. 1333 des allg. bürgerl. Gesetzbuches findet auf alle Forderungen im Gelde, sie mögen aus einem Darlehen oder aus einem anderen Rechtstitel herrühren, nicht aber auf solche Forderungen eine Anwendung, welche keine Summe Geldes, sondern eine andere Sache oder Leistung, selbst wenn der Titel ein Darlehen ist, zum Gegenstande haben. — Diese mit dem hohen Hofkanzlei-Decrete vom 28. Jänner l. J., Z. 2764, anher bekannt gegebene allerhöchste Verordnung wird hiermit zur allgemeinen Kenntniß gebracht. — Laibach am 25. Februar 1842.

Joseph Freiherr v. Weingarten,
Landes-Gouverneur.

Carl Graf zu Welsperg, Raitenau
und Primör, Vice-Präsident.

Friedrich Ritter v. Kreizberg,
k. k. Gubernialrath.

Z. 355. (2) Nr. 5312.

Currende

des k. k. illyrischen Guberniums. — Die hohe k. k. allgemeine Hofkammer hat sich bestimmt gefunden, das Postrittgeld für ein Pferd und eine einfache Poststation sowohl bei Avarial- als Privatritten vom 1. April 1842 angefangen, in Böhmen, Mähren und Schlessien auf 56 Kreuzer C. M. herabzusetzen. Die Gebühr für den Gebrauch eines gedeckten Wagens wird auf die Hälfte, und für den Gebrauch eines ungedeckten Wagens auf ein Viertel des Postrittgeldes für ein Pferd festgesetzt. In den übrigen Ländern werden die Postrittgelde in ihrem Ausmaße unverändert beibehalten. — Das Wagenschmiergeld und Postillons-trinkgeld wird in allen Ländern in dem bisheri-

Erstehers sich ausdrücklich vorbehalten wird, ausgeföhrt werden sollte, wird es von dem Ermessen der k. k. Staatsgüter-Veräußerungs-Commission abhängen, nicht nur die Summe zu bestimmen, welche bei der neuen Feilbietung für den Ausrufspreis gelten sollte, sondern auch den Relicitationssact entweder unmittelbar zu genehmigen, oder aber denselben dem hohen Hofkammer-Präsidium vorzulegen. — Weder aus der Bestimmung des Ausrufspreises, noch aus der Beschaffenheit der Genehmigung des Relicitationssactes kann der contractsbrüchig gewordene Käufer irgend eine Einwendung gegen die Gültigkeit und rechtlichen Folgen der Relicitation herleiten. — Nach ordentlich vor sich gegangener Versteigerung, und rücksichtlich nach bereits geschlossener Licitation werden weitere Anbote nicht mehr angenommen, sondern zurückgewiesen werden, worauf die Licitationslustigen insbesondere aufmerksam gemacht werden. — Die übrigen Verkaufsbedingungen, der Werthanschlag und die nähere Beschreibung des zu veräußernden Jagdrechtcs können von den Kauflustigen bei dem k. k. Rentamte Monfalcone eingesehen werden. — Von der k. k. Staatsgüter-Veräußerungs-Provincial-Commission. Triest am 17. Februar 1842.

Ernst Freiherr v. Locella,
k. k. Subernal- und Präsidial-Secretär.

Stadt- und landrechtliche Verlautbarungen.
3. 344. (3) Nr. 1542.

Von dem k. k. Stadt- und Landrechte in Krain wird dem unbekannt wo befindlichen Fräulein Theresia v. Wiederkehrn oder ihren allfälligen Erben mittelst gegenwärtigen Edicts erinnert: daß Herr Anton Carl Ritter v. Wiederkehrn, durch Dr. Dvjazh, gegen dieselben die Klage auf Verjährts- und Erloschenerklärung der, auf dem Gute Gritsch, in Folge Abhandlung ddo. 25. Jänner 1796, seit 7. Juni 1796 intestabulirten Erbschafts-Forderung pr. 363 fl. 15 $\frac{1}{4}$ fr. c. s. c. bei diesem Gerichte überreicht habe, worüber die Verhandlungstagung auf den 6. Juni l. J. Vormittags um 9 Uhr bestimmt wurde. — Da der Aufenthaltort der Geklagten diesem Gerichte unbekannt ist, und weil sie vielleicht aus den k. k. Erblanden abwesend sind, so hat man zu ihrer Vertheidigung und auf ihre Gefahr und Unkosten den hierortigen Gerichts-Advocaten Dr. Blasius Grobath als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtsache nach der bestehenden Gerichtsordnung aus-

geföhrt und entschieden werden wird. — Die Geklagten werden dessen zu dem Ende erinnert, damit sie allenfalls zu rechter Zeit selbst erscheinen, oder inzwischen dem bestimmten Vertreter ihre Rechtsbehelfe an die Hand zu geben, oder auch sich selbst einen andern Sachwalter zu bestellen und diesem Gerichte namhaft zu machen, und überhaupt im rechtlichen ordnungsmäßigen Wege einzuschreiten wissen mögen, insbesondere, da sie sich die aus ihrer Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben würden. — Laibach den 26. Februar 1842.

3. 343. (3) Nr. 1625.

Von dem k. k. Stadt- und Landrechte in Krain wird bekannt gemacht: Es sey über Ansuchen des k. k. Fiscalamtes, nomine der Kirche und Armen der Pfarre St. Martin unter Großkahlenberg, als zu $\frac{2}{3}$ erklärten Erben, zur Erforschung der Schuldenlast nach dem, am 22. Februar 1842 zu St. Martin unter Großkahlenberg ab intestato verstorbenen Pfarrers Franz Paulitsch, die Tagsagung auf den 18. April d. J., Vormittags um 9 Uhr vor diesem k. k. Stadt- und Landrechte bestimmt worden, bei welcher alle jene, welche an diesen Verlaß aus was immer für einem Rechtsgrunde Anspruch zu stellen vermeinen, solchen so gewiß anmelden und rechtsgeltend darthun sollen, widrigens sie die Folgen des S. 814 b. G. B. sich selbst zuzuschreiben haben werden. — Laibach den 1. März 1842.

Aemtlliche Verlautbarungen.

3. 365. (2)

Licitations-Verlautbarung.

Bei der D. N. D. Commende Möttling werden die pro 1842 präliminirten Bauten an deren Schloßgebäude, wobei sich die Kosten für Professionisten auf 848 fl. 6 fr. und für Materialien auf 1270 fl. 22 kr., zusammen auf 2118 fl. 28 kr. belaufen, bei der auf den 6. April d. J. festgesetzten Minuendo-Versteigerung dem Mindestbietenden überlassen. Alle Unternehmungslustige werden dazu mit dem Beisatze eingeladen, daß dabei ein 10% Badium gefordert werde und daß die Licitationsbedingungen, der Bauplan und Vorausmaß in der hierortigen Amtskanzlei täglich eingesehen werden können. — Verwaltungsamte D. N. D. Commende Möttling den 7. März 1842.

3. 347. (2)

Nr. 492.

Von dem gefertigten Bezirks-Commissariate werden nachstehende, mit veralteten Pässen abwesende militärpflichtige Individuen, als:

Post-Nr.	Vor- und Zuname	Geburtsort	Haus-Nr.	P f a r t	Geb. Jahr	Anmerkung.	
1	Anton Hammerlitz	Kadmannsdorf	24	Kadmannsdorf	1822	illegal seit 30. Nov. 1841	
2	Primus Eschuk	Bormarkt Kadmannsdorf	3	detto	"	detto 31. Dec. 1841	
3	Georg Hrovath	detto	3	detto	"	} d e t t o	
4	Matth. Pogatscher	Egofsch	15	Bigaun	"		
5	Jacob Wachoritsch	detto	19	detto	"		
6	Matthäus Sottel	detto	2	detto	"		
7	Matthäus Suppan	Sappusch	9	detto	"		
8	Johann Vogelnic	Graschach	14	Lees	"		
9	Joseph Vogelnic	Sabresniz	9	Bresniz	"		
10	Anton Muchouz	Scherouniz	23	detto	"		
11	Johann Weiz	Brestach	4	Möschnach	"		illegal seit 4. Mai 1841
12	Franz Bernard	Großgutenfeld	5	detto	"		ohne Paß
13	Thomas Vidiz	Duschische	9	Muschische	"	illegal seit 4. Mai 1841	
14	Johann Scholler	Steinbüchl	56	Steinbüchl	"	detto 9. Juni 1841	
15	Michael Sodar	Korintne	12	Weldes	"	detto Ende Jan. 1842	
16	Lorenz Preschel	Wodeschitsch	29	detto	"	detto Ende Dec. 1841	
17	Primus Schoflitsch	Untergörjach	26	Obergörjach	"	detto detto	

vorgeladen, sich binnen vier Monaten hieher zu stellen und ihre Entfernung vom Hause zu rechtfertigen, widrigens dieselben nach den bestehenden Vorschriften behandelt würden.

K. K. vereintes Bezirks-Commissariat Kadmannsdorf und Weldeß den 9. März 1842.

Vermischte Verlautbarungen.

3. 370. (2)

Nr. 662.

E d i c t.

Von dem k. k. Bezirksgerichte zu Villach werden hiemit auf Ansuchen der testamentarischen Erben nach dem am 24. Februar d. J. verstorbenen Herrn Ignaz Valentin Grusiz, Dr. der Rechte und Hof-, und Gerichtsadvocaten für Kärnten in Villach, die Tagsatzungen zur Liquidirung des Activ- und Passivstandes auf den 18. bis 23. April d. J., jeden Tag Vormittags um 8 Uhr, angeordnet. Es haben demnach alle jene, welche bei diesem Verlasse aus was immer für einem Rechtsgrunde Ansprüche zu machen vermeinen, diese Ansprüche an den obigen Tagen so gewiß anzumelden und zu liquidiren, als selbe die Folgen des §. 814 a. b. C. treffen würden. Zugleich haben auch jene, die in diesen Verlass etwas schulden, oder in der Vertretung des genannten Erblassers standen, bei diesen Tagsatzungen so gewiß zu erscheinen, ihre Schulden zu liquidiren, und die ihre Rechtsstreite betreffenden Acten gegen gehörige Empfangsbefähigungen zurück zu übernehmen, als widrigens

von Seite der Erben wider die säumigen Schuldner im Klagswege eingeschritten werden, und die bisher in ihrer Verwahrung befindlichen Acten und Urkunden entweder zu Gerichtshänden hinterlegt, oder auf Anordnung des Gerichtes einem von demselben auf Gefahr und Unkosten der säumigen Gläubiger aufzustellenden Curator übergeben werden würden, wornach die Erben für alle Folgen, die etwa aus irgend einer Versäumnis in deren Rechtsangelegenheiten, oder aus dem allfälligen Verluste deren Urkunden und Schriften entstehen könnten, nicht mehr haftend und verantwortlich seyn würden.

K. K. Bezirksgericht Villach am 10. März 1842.

3. 359. (a)

Nr. 375.

E d i c t.

Das Bezirksgericht Neudeg hat für nöthig befunden, der Maria Vidgay von Preska, wegen erhobener Geistesverrücktheit, die freie Verwaltung ihres Vermögens abzunehmen, sie als blödsinnig unter Curatel zu setzen, und zu ihrem Curator den Anton Vidgai von Pollane zu bestellen.

Bezirksgericht Neudeg den 22. Februar 1842.

Gubernial-Verlautbarungen.

3. 336. Nr. 3628.

C u r r e n d e
des k. k. illyrischen Guberniums. —

Kundmachung der am 25. October 1841 in Wien zwischen dem k. k. Hofe und der königl. belgischen Regierung abgeschlossenen Handels- und Schifffahrts-Convention. — In Folge hohen Hofkanzlei-Decretes vom 31. Jänner 1842, Zahl ³²²²/₂₇₃, wird die am 25. October 1841 in Wien zwischen dem k. k. Hofe und der königl. belgischen Regierung abgeschlossene Handels- und Schifffahrts-Convention in der Anlage öffentlich kund gemacht. — Laibach am 16. Februar 1842.

Joseph Freiherr v. Weingarten,
Landes-Gouverneur.

Carl Graf zu Welsperg, Raitenau
und Primör, Vice-Präsident.

Johann Nep. Freiherr v. Spiegelfeld,
k. k. Gubernialrath.

NOS FERDINANDUS PRIMUS, DIVINA favente clementia Austriae Imperator; Hierosolymae, Hungariae, Bohemiae, Lombardiae et Venetiarum, Dalmatiae, Croatiae, Slavoniae, Galiciae, Lodomeriae et Illyriae Rex; Archidux Austriae; Dux Lotharingiae, Salisburgi, Styriae, Carinthiae, Carnioliae; superioris et inferioris Silesiae; Magnus Princeps Transilvaniae, Marchio Moraviae; Comes Habsburgi et Tirolis, &c &c. — Notum testatumque omnibus et singulis, quorum interest, tenore praesentium facimus: — Postquam a Nostro et a Plenipotentiario Serenissimi ac Potentissimi Regis Belgarum sine stabiliendarum et ampliandarum inter utriusque Nostrum Imperia et subditos commercii navigationisque relationum, die 25. Octobris anni currentis Conventio Viennae ini a et signata fuit, tenoris sequentis. — *Au nom de la très-sainte et indivisible Trinité.* — Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohême &c., et Sa Majesté le Roi des Belges, désirant favoriser le développement des relations commerciales entre leurs États respectifs et consolider par des stipulations formelles la réciprocité qui existe déjà provisoirement dans les ports des deux pays, relativement aux droits de navigation, ont nommé des Plénipotentiaires pour conclure une convention à cet effet, savoir: — Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohême, Son Altesse

Clément Wenceslas Lothaire Prince de METTERNICH-WINNEBOURG, Duc de Portella, Comte de Königswart &c., Grand d'Espagne de la première classe, Chevalier de la Toison d'or, Grand Croix de l'ordre de St. Etienne de Hongrie et de la décoration pour le mérite civil &c., Chambellan, Conseiller intime actuel de Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique, Son Ministre d'État et des Conférences et Chancelier de Cour et d'État et de la Maison Impériale; Et Sa Majesté le Roi des Belges, le Baron Alphonse Albert Henri O'SULLIVAN de Grass de Seovaud, Son Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire près Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique, Officier de l'ordre de Léopold, décoré de l'ordre Impérial du Sultan de la première classe en brillans, Commandeur de l'ordre de St. Grégoire le Grand, Chevalier de l'ordre de St. Anne de Russie de la deuxième classe en brillans etc. etc. — Lesquels, après avoir échangé leurs plein-pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des Articles suivans: Article 1. — A dater de l'échange des ratifications de la présente convention, il sera permis aux navires de chacune des Hautes Parties contractantes, soit chargés, soit sur leur lest, de fréquenter librement et sur le même pied que les bâtimens nationaux toutes les bays, rivières, ports, rades et ancrages ouverts au commerce maritime dans les pays respectifs. — Article 2. Cette liberté de navigation comprend pour les navires et sujets respectifs des deux Hautes Parties contractantes la faculté de faire le commerce d'entrée et de sortie dans la même étendue que les navires et sujets nationaux, tout comme aussi la faculté de se livrer à toutes les opérations commerciales dont l'exercice est permis en vertu des lois. — Quant au transport de personnes et de marchandises d'un port à l'autre dans les États respectifs des Hautes Parties contractantes, la liberté de commerce est réciproquement soumise aux restrictions généralement existantes pour la navigation des nations étrangères les plus favorisées dans chacun des deux pays, sans que pour cela le commerce réciproque provenant de ports étrangers ou dirigé pour de tels ports ait à éprouver aucune limitation. — Article 3. Dans toute l'étendue des États de chacune des deux Hautes Parties contractantes, les navires de l'autre

Partie, quelque soit leur provenance ou leur destination, seront traités sur le même pied que les navires nationaux, soit à leur entrée, soit pendant leur séjour ou à leur sortie, tant à l'égard des droits de tonnage, d'ancre, de pilotage, de quai, de port, de phare et en général des droits quelconques de navigation, sous quelque dénomination que cesoit, qu'à l'égard des droits de quarantaine, de santé, d'entrepôt et de magasinage, s'il y a lieu, de telle sorte, que ces droits ne peuvent être ni plus élevés ni perçus sous des conditions ou des formes plus onéreuses que les droits acquittés par les navires nationaux. — Article 4. En tout ce qui concerne le placement des navires, leur chargement et déchargement dans les ports, rades, bassins, havres de l'un des deux États, et généralement pour toutes les formalités ou dispositions quelconques, auxquelles peuvent être soumis les navires de commerce, leur chargement et leur équipage, il est également convenu qu'il ne sera accordé aux navires nationaux aucun privilège ni faveur qui ne le soit également à ceux de l'autre État, la volonté des deux Souverains étant que, sous ce rapport aussi, les bâtimens des deux États soient traités sur le pied d'une parfaite égalité. — Article 5. Seront considérés comme navires Autrichiens et Belges ceux qui naviguent avec des lettres de mer de leur Gouvernement, nécessaires pour la légitimation du navire et du capitaine, et qui seront possédés conformément aux lois et réglemens en vigueur dans leur pays respectif. — Dans le cas où l'une des Hautes Parties contractantes viendrait à changer les réglemens relatifs aux lettres de mer, il en sera donné communication à l'autre Partie, pour autant que la connaissance de ces changemens pourrait être de quelque intérêt pour Elle. — Article 6. Il est expressément stipulé que dans les ports et rades des Hautes Parties contractantes il ne sera perçu, pour compte du trésor public, des navires de l'autre Partie qui viendraient y relâcher par suite d'une circonstance forcée, aucune espèce de droit de navigation et de port, en autant que les motifs d'une telle relâche forcée soient réels et évidens, que le navire n'y exerce aucune opération de commerce et qu'il ne s'arrête point au delà du temps où les dits motifs de relâche forcée seraient venus à cesser. Dans les ports et rades ré-

ciproques, où il pourrait y avoir à acquitter en pareille circonstance des droits autres que ceux perçus pour compte du fisc, les navires des deux États n'auront à payer que les droits qui pourraient être exigés des bâtimens appartenant aux nations les plus favorisées. Il est bien entendu également que le déchargement, rechargement ou transbordage des marchandises à cause de leurs avaries ou des réparations indispensables du navire, de même que son approvisionnement en seront pas réputés comme opérations commerciales. — Article 7. Relativement aux cas de naufrage, les gouvernemens respectifs s'engagent à prendre les dispositions nécessaires pour qu'il soit voué au sauvetage des navires de l'une des Parties contractantes, échoués sur les côtes des États de l'autre, ainsi que des personnes et objets de tout genre qui se trouvent à leur bord, les mêmes soins qui, en pareille circonstance, seraient apportés au sauvetage des bâtimens nationaux; ils s'engagent également à veiller à ce que les débris du navire, les papiers de bord, les espèces, effets, ustensiles, marchandises et autres objets de valeur soient mis sous bonne garde, ainsi que cela se pratique à l'égard des navires nationaux naufragés et à ce que tous ces objets sauvés, ou bien le prix de leur vente, dans le cas où celle-ci aurait dû s'effectuer, soient fidèlement remis aux propriétaires ou à leurs fondés de pouvoir, ou bien, à défaut des uns et des autres, à ce qu'il soit donné connaissance du fait au gouvernement intéressé, par le canal de ses agens commerciaux les plus rapprochés ou par toute autre voie, en mettant le tout à sa disposition de la manière qui sera le plus à sa convenance. — Chacun des deux gouvernemens prendra en outre les mesures nécessaires pour que, dans ces cas de naufrage, il ne soit exigé ni droits ni taxes plus élevés des sujets de l'autre Partie contractante que de ses propres sujets. — Article 8. Chacune des Hautes Parties contractantes accorde à l'autre la faculté d'entretenir dans les ports et places maritimes de commerce, où d'autres gouvernemens étrangers jouissent déjà de la même prérogative, des Consuls, Vice-Consuls ou Agens commerciaux qui jouiront de toute la protection et recevront toute l'assistance nécessaire pour remplir dûment leurs fonctions. — Les Con-

suls, de quelque Classe qu'ils soient, dûment nommés par leur gouvernement respectif, et après avoir obtenu l'Éxequator de celui dans le territoire duquel ils doivent résider, jouiront dans l'un et l'autre pays, tant dans leurs personnes que pour l'exercice de leurs fonctions, des privilèges dont jouissent les Consuls des nations les plus favorisées. Article 9. La présente convention sera en vigueur pendant six ans, à compter de la date de l'échange des ratifications, et au delà de ceterme jusqu'à l'expiration de douze mois, après que l'une des Hautes Parties contractantes aura annoncé à l'autre son intention de la faire cesser, chacune de ces Parties se réservant le droit de faire à l'autre une telle déclaration au bout des six ans susmentionnés, et il est convenu entre Elles qu'à l'expiration de douze mois après qu'une telle déclaration aura été faite par l'une des Hautes Parties contractantes à l'autre, la présente convention et toutes les stipulations qui y sont renfermées cesseront d'être obligatoires pour les deux Parties. — Article 10. Les ratifications de la présente convention seront échangées à Vienne, dans l'espace de deux mois, à compter du jour de la signature ou plutôt, si faire se peut. — En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs l'ont signée en double et y ont apposé les sceaux de leurs armes. — Fait à Vienne le 25. Octobre 1841.

(L. S.) *METTERNICH.*

(L. S.) *BARON O'SULLIVAN
DE GRASS.*

Nos visis et perpensis Conventionis hujus articulis, illos omnes ratos grauosque habere hisce profitemur ac declaramus, verbo Nostro Cæsareo-Regio spondentes, Nos ea omnia, quæ in illis continentur, fideliter executioni mandatueros, nec, ut illis ulla ratione a Nostris contraveniatur, permissuros esse. In quorum fidem præsentis tractatus tabulas manu Nostra signavimus, sigilloque Nostro appenso muniri jussimus. — Dabantur Viennæ die decima tertia mensis Novembris, anno millesimo octingentesimo quadragesimo primo, Regnorum Nostrorum septimo.

FERDINANDUS.

(L. S.)

PRINCEPS A METTERNICH.

Ad mandatum Sacr. Cæs. ac Reg. Apostolicæ
Majestatis proprium:

Ignatius Liber Baro a Brenner-Felsach.

3. 378. (1) Nr. 6374.

K u n d m a c h u n g.

Durch die allerhöchst genehmigte Versezung des bei dem Filial-Fiscalamte in Salzburg in Verwendung stehenden Fiscaladjuncten, Anton v. Frohn, in den Ruhestand, ist die erste Adjunctenstelle bei der k. k. ob der ennsischen Kammerprocuratur, mit einem in Folge allerhöchster Entschliefung vom 28. December 1841 festgesetzten Gehalte von jährlichen achtzehnhundert Gulden C. M., bei einer vor sich gehenden Gradualvorrückung aber eine zweite Adjunctenstelle mit dem jährlichen Gehalte von fünfzehnhundert Gulden C. M., oder einer dritten Adjunctenstelle mit dem jährlichen Gehalte von zwölfhundert Gulden C. M., oder endlich einer vierten Adjunctenstelle mit dem jährlichen Gehalte von Eintausend Gulden C. M. zu besetzen. — Diejenigen, welche sich in die Competenz setzen wollen, werden daher aufgesordert, ihre Gesuche bis zum letzten April d. J. bei dieser Landesregierung zu überreichen, und wird denselben insbesondere bemerkt, daß die Gesuche mit den in dem hohen Hofkammerdecrete vom 13. Juni 1828, 3. 23340, vorgeschriebenen Erfordernissen belegt seyn müssen, wozu Zeugnisse über die erreichte Großjährigkeit, über das erworbene Doctorat der Rechte, über die von der Zeit des erhaltenen Doctorates an gerechnet durch drei Jahre entweder bei einem Advocaten, bei einem Fiscalamte, oder bei einer l. f. Justizbehörde zugebrachte Praxis, über unbescholtene Moralität, über die bereits früher vor dem Erlasse jenes hohen Hofkammerdecretes gut bestandene Concursprüfung für eine Fiscaladjunctenstelle gehören, und daß sich jeder Adjunct, welcher zur Führung der Geschäfte bei dem Filial-Fiscalamte in Salzburg berufen wird, hiezu gebrauchen lassen müsse, ohne hiefür einen Anspruch auf Diäten machen zu können. — Von der k. k. ob der ennsischen Landesregierung. Linz am 24. Februar 1842.

Anton Kette, w/p

k. k. Regierungs-Secretär.

Stadt- und landrechtliche Verlautbarungen.

3. 382. (1)

Nr. 2030.

E d i c t.

Von dem k. k. Stadt- und Landrechte in Krain wird hiemit bekonnt gemacht, daß es von der Vornahme der, über das Ansuchen der Barbara Schebrai wider Anton Snoi wegen schuldigen 195 fl. c. s. c., unterm 15. Februar

l. Z., zur Z. 1079, bewilligten executiven Feilbietung des dem Letztern gehörigen Mobilars u. Real-Vermögens einstweilen abzukommen habe. — Laibach den 16. März 1842.

Vermisste Verlautbarungen.

Z. 363. (1) **E d i c t.** Nr. 339.

Von dem Bezirksgerichte Rupertsdorf zu Neustadt wird hiemit allgemein bekannt gemacht: Es haben Michael und Maria Obertsch von Kronau, ihren seit dem Jahre 1809 abwesenden Bruder Martin Obertsch, von ebenda, für todt zu erklären gebeten, und sey ihm Johann Ferkou, von ebenda, als Curator aufgestellt worden; daher seine Leibeserben oder Cessionäre aufgefordert werden, binnen Einem Jahre so gewiß vor dieses Gericht zu erscheinen, oder sonst dasselbe in die Kenntniß seines Lebens zu setzen, als nach Verlauf dieser Frist Martin Obertsch für todt erklärt, und sein Vermögen, bestehend in der väterlichen Erbschaft pr. 45 fl. 5¼ kr. B. Z., reducirt in C. N. pr. 33 fl. 55¾ kr., aus dem in der dasigen Depositenkasse erliegenden Schuldscheine ddo. 26. Jänner et intab. 3. Hornung 1809 seinen sich legitimirenden gesetzlichen Erben eingewortet werden würde.

Bezirksgericht Rupertsdorf zu Neustadt am 13. December 1841.

Z. 366. (1) **E d i c t.** Nr. 581.

Von dem k. k. Bezirksgerichte Senofetsch wird hiemit zur öffentlichen Kenntniß gebracht: Es sey in der Executionssache des Hrn. Franz Bosianstschitz von Senofetsch, wider die Eheleute Mathias und Gertraud Bugel von Prewald, wegen, aus dem w. ä. Vergleiche vom 18. März 1840, Z. 74, schuldigen 65 fl. 50 kr. c. s. c., in die öffentliche, parzellenweise Versteigerung der, dem Executen gehörigen, der Herrschaft Prewald dienstbaren Pfandrealityäten, im Gesamtschätzwerte von 1109 fl. 40 kr., mit dießgerichtlichem Bescheide vom 6. März 1842, Z. 581 gewilliget, und sind dazu die Termine auf den 20. April, 31. Mai und den 20. Juni l. J. in loco der Realityäten Vormittags 9 Uhr bestimmt worden.

Wovon Kauflustige mit dem Besitze intimirt werden, daß die Realityäten nur bei der dritten Versteigerung unter dem Schätzwerte hintangegeben, das Schätzungsprotocoll, der Grundbuchsextract und die Licitationsbedingungen hieramts eingesehen werden können.

R. K. Bezirksgericht Senofetsch am 6. März 1842.

Z. 379. (1) **E d i c t.** Nr. 227.

Nachträglich zu dem hiergerichtlichen Edicte vom 20. Jänner 1842, Nr. 37, wird kund gemacht, es sey über Einsprechen des Executionsführers Michael Sterk, de praes. 1. März l. J., Nr. 227, die zur Feilbietung der Jure Michor'schen Realityäten in Vornschloß auf den 4. März, 7. April und 7. Juni l. J. bestimmten Tagfahrten bis auf weiteres Ansuchen sistire worden.

Bezirksgericht Pölland am 8. März 1842.

Z. 368. (1) **E d i c t.** Nr. 1088.

Von dem Bezirksgerichte Haabberg wird hiemit kund gemacht: Es sey über Anlangen des Hrn. Mathias Korren von Planina in die executive Feilbietung der, dem Mathias Koschonz von Seufberg gehörigen, dem Gute Zburnlak sub Urb. Nr. 419 zinsbaren, gerichtlich auf 5047 fl. 35 kr. geschätzten 1½ Hube, wegen schuldigen 67 fl. 7 kr. c. s. c. gewilliget worden, und es werden zu diesem Ende die Feilbietungstagsfahrungen auf den 26. April, auf den 24. Mai und auf den 28. Juni l. J., jedesmal früh 9 Uhr in loco Seufberg mit dem Anbange bestimmt, daß diese 1½ Hube bei der ersten und zweiten Versteigerung nur um die Schätzung oder darüber, bei der dritten aber auch unter derselben hintangegeben werde.

Das Schätzungsprotocoll, der Grundbuchstract und die Licitationsbedingungen können täglich hieramts eingesehen werden.

Bezirksgericht Haabberg am 2. März 1842.

Z. 362. (1) **E d i c t.** Nr. 282.

Vom Bezirksgerichte der Herrschaft Savenstein wird zu Jedermanns Wissenschaft gebracht: Es sey auf Ansuchen des Hrn. Anton Julius Barbo, Gülden-Besizers zu Raitschach, mit dießortigem Bescheide vom heutigen Tage Nr. 282, in die executive Veräußerung der in den Blas Sagraisteg'schen Verlaß gehörigen, dem löblichen Gute Untererkstein sub Urb. Nr. 39 et Rectf. Nr. 25 eincienenden 1/2 Hube zu Duorz, im Schätzwerte pr. 100 fl., und des dabei befindlichen unbedeutenden Mobilars pr. 70 fl. 11 kr. wegen aus dem Urtheilen vom 5. Juni 1838, Nr. 375 und 31. August 1838, Nr. 1018, behaupteten Schulposten pr. 35 fl. und pr. 5 fl. sammt 5% Zinsen und Unkosten, gewilliget, und hiezu drei Versteigerungstagsfahrungen, als den 29. April, den 30. Mai und den 28. Juni 1842, stets früh um 9 Uhr in loco Duorz bei der exquirten Hube mit dem Anbange einberaumt worden, daß in dem Falle, als das gedachte Real- und Mobilar-Vermögen weder bei der 1. oder 2. Versteigerungstagsfahrung um den Schätzwert oder darüber verkauft werden könnte, solches bei der 3. auch unter demselben hintangegeben werde.

Wozu die Kauflustigen mit dem Besitze eingeladen sind, daß der Grundbuchsextract und die Licitations-Bedingnisse in den gewöhnlichen Amtsstunden alhier eingesehen werden können.

Bezirksgericht Savenstein am 5. März 1842.

Z. 367. (1) **E o n c u r s.** Nr. 375.

Für die Hauptgemeinde Tratta, im Bezirke Laak ist der Hebammenposten, mit einer jährlichen Remuneration von 20 fl. M. M. aus der Bezirkscaffa, zu besetzen; daher jene, welche diese Stelle zu haben wünschen, ihr mit dem Hebammendiplome und Sittenzeugnisse belegtes Gesuch längstens bis Ende April 1842 alhier einzureichen haben.

R. K. Bezirks-Obrigkeit Laak am 11. März 1842.